

Sie befinden sich hier: [Home](#)

## AKTUELLE MELDUNGEN

Expertenanhörung

### Philippe van Parijs, UCL: DG als vierte Region möglich

Im Zuge der Anhörungen zur Vorbereitung der DG auf eine zukünftige Staatsreform konnte Parlamentspräsident Ferdel Schröder am 18. Juli 2011 den Wissenschaftler Philippe van Parijs, Professor an der Fakultät für Wirtschaft, Sozial- und Politikwissenschaften der Katholischen Universität Löwen (UCL) begrüßen. Van Parijs studierte Philosophie, Recht, politische Ökonomie, Soziologie und Linguistik und promovierte in Sozialwissenschaften und Philosophie.

In seinem Vortrag ging Van Parijs auf die Argumente ein, die für beziehungsweise gegen eine vierte Region sprechen.

#### Vier Gründe sprechen für eine vierte Region:

1. Ein allgemeingültiges Argument ist die Tatsache, dass ein Föderalismus zu mehreren Partnern besser funktioniert als ein Föderalismus zu zweit, bei dem oft Grabenkämpfe zu befürchten sind. Zur Illustration zitierte Van Parijs eine Aussage der Präsidentin der Schweizer Eidgenossenschaft, Micheline Calmy-Rey. Das gute Funktionieren der Schweiz habe die Präsidentin auf einige verbindende Elemente zurückgeführt, so die Existenz von nationalen bzw. föderierten Kantonsparteien, das Instrument der Volksbefragung und eben die Tatsache, dass sich die Eidgenossenschaft aus vielen Partnern zusammensetze.
2. Kohärenz der Kompetenzpakete: Dezentralisierte Behörden müssen im Prinzip die Gesamtheit der Kompetenzen in Händen haben, um eine kohärente Politik gestalten zu können. Der zu Beginn der Föderalisierung Belgiens eingeführte Unterschied zwischen personenbezogenen Kompetenzen und ortsgebundenen Kompetenzen sei heute eher künstlich. Personenbezogene Kompetenzen hätten sowieso auch immer eine räumliche Auswirkung. Van Parijs führt als Beispiel den engen Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Ausbildung an, der für eine Regelung durch eine einzigen Behörde spreche.
3. Subsidiaritätsprinzip und sprachliche Komponente: Aus Gründen der Transparenz, und der Effizienz müssten die Befugnisse von einer Behörde ausgeübt werden, die möglichst nahe bei der Bevölkerung angesiedelt sei. Das Subsidiaritätsprinzip wird noch verstärkt, wenn man das Argument der Sprache als Grundlage für die Bürgernähe hervorhebt. Jeder Bürger soll in seiner eigenen Sprache bedient werden und deshalb sei die DG die angemessene Entscheidungsinstanz.
4. Starke Identität: Um gut zu funktionieren, muss sich die Bevölkerung mit dem Entscheidungsniveau identifizieren können und eine kollektive Identität entwickeln. Die Einwohner der DG identifizierten sich nicht mit der Wallonischen Region, ebenso wenig wie die Brüsseler Bürger sich als Wallonen oder Flamen fühlten.



Frau E. Johnen (PDG), Präsident F. Schröder  
Professor P. Van Parijs (UCL)

#### Sechs Problemfelder sieht der Wissenschaftlicher:

1. Im Vergleich zu den anderen belgischen Gliedstaaten ist das Territorium der DG sehr klein. Es gibt zwar ähnliche Beispiele (Vergleich Malta/Frankreich in der EU, Kantone in der Schweiz, Staaten in USA) aber die territoriale Kleinheit ist dennoch ein Problem, vor allen Dingen wenn man dieser Region Umverteilungsbefugnisse übertrage, beispielsweise in Sachen Steuern und sozialer Sicherheit.
2. Die DG zählt wenig Einwohner im Vergleich zu den anderen Teilstaaten Belgiens. Zwar gibt es auch in anderen Ländern Gliedstaaten mit einer ähnlich geringen Bevölkerung (Schweizer Kantone, Malta und Luxemburg im EU-Vergleich), aber in Belgien gibt es die einzigartige Besonderheit, dass ein Teilstaat, nämlich Flandern, alleine mehr Einwohner hat als alle anderen zusammen. Dieser Umstand gefährdet das Gleichgewicht zwischen den Teilstaaten, ist aber ein gesamtbelgisches Problem und eigentlich unabhängig von der Schaffung einer 4. Region zu sehen.
3. Die DG kann auf wenig Skaleneffekte hoffen, da größenbedingte Kosteneinsparungen nicht getätigt werden können. Die Verwaltungskosten pro Einwohner sind im Vergleich zu großen Regionen hoch. Darüber hinaus sind auch die Ressourcen begrenzt, was zum Beispiel die Qualitätssicherung bei der Anwerbung von Personal im öffentlichen Dienst gefährden kann. Einen Ausgleich schaffen hier möglicherweise Kooperationsverträge.
4. Die DG besteht auch aus zwei Teilen, dem Norden und dem Süden. Dies kann bei der Ausführung von Regionalkompetenzen zu Reibungen führen. Van Parijs erinnert an die in Belgien oft angewandte „Waffeisenpolitik“, nach der eine Investition im Norden auch in gleicher Höhe im Süden erfolgen musste. Eine Polarisierung zwischen Nord und Süd muss in der DG vermieden werden.
5. In einem Belgien zu viert entwickelt jeder Teilstaat eine eigene sprachliche Identität. In dieser von Van Parijs vorgestellten Vision ist im wallonischen Landesteil die sprachliche Identität durch das Französische geprägt, in Flandern durch das Niederländische und in Brüssel durch die drei Sprachen Französisch, Niederländisch und, aufgrund der zahlreichen Einwanderer, Englisch. Das Deutsche präge die sprachliche Identität der DG. Allerdings werde diese Identität dadurch relativiert, dass es zum einen Spracherleichterungen für die Frankophonen gebe und zum anderen der Föderalstaat weiterhin größtenteils nur in Französisch und Niederländisch funktioniere (z.B. für die Verabschiedung von föderalen Gesetzestexten). Die Behauptung einer eigenen sprachlichen Identität ist unter diesen

#### Neuigkeiten aus dem Parlament

Neuigkeiten aus dem Parlament per Email erhalten...

#### Parlamentssitzungen

##### Diese Woche

Die Sitzungen der laufenden Woche

##### Parlamentskalender

Alle Sitzungen und Veranstaltungen im Überblick.

#### Wer sind ...

##### ... die Parlamentarier?

Hier finden Sie die Mitglieder des DG- Parlaments!

##### ... die Fraktionen ?

Hier finden Sie die Fraktionen des DG- Parlaments!

#### Neues

##### Ausschreibung

Neues Parlamentsgebäude: Mehrere Lose ausgeschrieben

##### Jobs im Parlament

keine Stelle ausgeschrieben

##### Fragen - Vorschläge - Beschlüsse

Hier finden Sie die jüngsten Dokumente des Parlaments.



Stichwortsuche

Textgröße

A A A A

Auf dieser Site ...

- Der Bestand der Internet-Datenbank mit allen Dokumenten des RdK-RDG-PDG seit 1973

- Parlamentarier-Fotos als Downloads

- Der Kalender mit allen Terminen des Parlaments der DG

Parlament-TV

Die aktuelle Sitzung als Video im Parlament-TV

Im Blickfeld

Publikationen

Besuch im Parlament

Faq

Gibt es einen Bürgerbeauftragten für die Deutschsprachige Gemeinschaft?

Die Gemeinschaft

Das Internet-Portal der DG!  
- DG Live  
- Die Regierung  
- Tourismus  
- Verkehrsamt der Ostkantone

Europa



- Europa für Sie in der DG!  
- Europäisches Informations-Netzwerk in Belgien  
- Allgemeine Europa-Informationen

DESIGNED BY

Umständen schwieriger.

- Ein letztes symbolisches Argument: der Name der Region. „Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens“ sei ein eher schwerfälliger Name, der die Identifikation mit diesem Teilstaat nicht unbedingt fördere. Darüber hinaus gebe es auf gesamtbeltischer Ebene auch noch kein Symbol, das den Föderalstaat mit samt seinen Teilstaaten versinnbildliche.

In der anschließenden Diskussion wurden weitere Themen angesprochen.

Auf die Frage nach der Finanzierung der DG als 4. Region mahnt der Wissenschaftler mit Hinweis auf die zahlreichen Grenzpendler zur Vorsicht. Wenn man das Aufkommen aus der Einkommenssteuer als Finanzierungsgrundlage nehme, werde eine eigene Region nur schwierig zu finanzieren sein. Deshalb befürwortet Van Parijs eine Finanzierung der Gliedstaaten, die Solidarität und Verantwortung kombiniert: Zum einen überweise der Föderalstaat eine einheitlich berechnete Dotation als Basisfinanzierung. Zum anderen erhielten die Gliedstaaten eine Zusatzfinanzierung, die sich nach den wirtschaftlichen Leistungen richte.

Van Parijs betonte auf entsprechende Nachfrage darüber hinaus, dass ein Land nur funktionieren könne, wenn man auch die Sprache des Nachbarn kenne. Er bedauerte in diesem Zusammenhang die im Vergleich mangelnden Deutsch- und Niederländischkenntnisse der Wallonischen Mitbürger.

Van Parijs ist ebenfalls Befürworter eines föderalen Wahlbezirks. Seine Arbeiten im Rahmen der Pavia-Gruppe, die 2007 in diesem Sinne ein Manifest veröffentlichte, bestärken ihn in der Überzeugung, dass in einer Demokratie Politiker gewählt werden müssen, die im Interesse des gesamten Landes agieren und nicht nur für einen Wahlbezirk.



F. Franzen (ECOLO)

 ARTIKEL DRUCKEN

 ARTIKEL VERSENDEN

TOP 